

Die Klimapolitik von heute entscheidet über den Hunger von morgen

Nr. 11/Dezember 2009

Zusammenfassung

Gerechte Klimapolitik für mehr Ernährungssicherheit

Es gibt immer mehr Stürme, Überschwemmungen und Dürren - schon heute leiden Millionen Menschen unter den Folgen des Klimawandels. Gelingt es auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen nicht, sich auf ein gerechtes Klimaabkommen für Nord und Süd zu einigen, wird das Bekenntnis der Vereinten Nationen, bis 2015 den Hunger zu halbieren, zur Utopie. **Die Einigung auf das 2°C-Ziel ist hierzu nur ein Grundbaustein.** An eine gerechte Klimapolitik, die langfristig Ernährungssicherheit ermöglicht, stellt die Welthungerhilfe vier weiterführende Kernforderungen:

1. Zentrale Prinzipien der internationalen Klimafinanzierung sind die Zusätzlichkeit, Verlässlichkeit, Vorhersagbarkeit, Nachhaltigkeit und Angemessenheit der finanziellen Mittel und des Mittelflusses. Ohne diese Sicherheit können keine Maßnahmen gegen den Klimawandel unternommen werden.
2. Die Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist dringend notwendig. Darüber hinaus müssen noch zusätzlich Gelder für die Anpassung an den Klimawandel bereit gestellt werden.
3. Klimapolitik muss so gestaltet werden, dass sie zur Armutsminderung und Ernährungssicherung beiträgt. Anpassung und Klimaschutz müssen in Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, wie zum Beispiel in die Förderung der ländlichen Entwicklung und Katastrophenvorsorge, integriert werden.
4. Eine Verlagerung der Einsparungen von Treibhausgasen aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer durch den Emissionshandel ist nur begrenzt möglich. Entwicklungsländer brauchen heute und vor allem auch in Zukunft genug Emissionsspielräume, um Armut und Hunger durch landwirtschaftliches und wirtschaftliches Wachstum zu bekämpfen.

Kleinbauern verlieren ihre Lebensgrundlage

Ein Eisbär kauert auf einer schmelzenden Eisscholle im Nordmeer. Seine Existenz ist vom Klimawandel bedroht, denn bald wird die Grenze seines Lebensraums so weit nach Norden gerückt sein, dass ihm zu wenig Platz zum Jagen, Fortpflanzen und Überleben bleibt. Politiker, Umweltschützer und Journalisten haben keine Mühen gescheut, sich durch Reisen in abgelegene Polargebiete persönlich davon zu überzeugen, dass der Klimawandel ganze Landschaftszonen verändert und dadurch die Existenz der Eisbären bedroht ist. Auch Kanzlerin

Merkel machte sich auf einer Grönlandreise im August 2007 ein Bild vom Eisschwund.

Doch nur selten haben sich politische Entscheidungsträger dem Problem gestellt, dass für viele Menschen der Lebensraum durch den Klimawandel ebenfalls schwindet. Kleinbauern im südlichen Afrika, sei es in Kenia oder Burkina Faso, erleben die dritte oder gar vierte Trockenzeit hintereinander. Genauso wie Eisbären vergebens auf die Rückkehr von Kälte und Eis hoffen, warten sie vergeblich auf ein Wie-

deraufleben des Ablaufs von Trocken- und Regenzeit und die damit verbundenen ertragreichen Ernten. In vielen Regionen der Entwicklungsländer schrumpfen die landwirtschaftlichen Gunstgebiete genauso schnell dahin wie die Eisscholle des Bären im warmen Wasser.

In Europa und Nordamerika, aber auch in Ost- und Südostasien, wird sich die Klimaerwärmung zunächst positiv auf die Landwirtschaft auswirken: Bei moderater Klimaerwärmung könnten in Nordamerika die Erträge aus dem Regenfeldbau durch Zunahme der Niederschläge um bis zu 20 Prozent steigen (IPCC-Berichte 2007). Vielleicht ist dies ein Grund dafür, dass in der Klimapolitik der Industrienationen der Aspekt der globalen Ernährungssicherheit nur wenig Beachtung geschenkt wird.

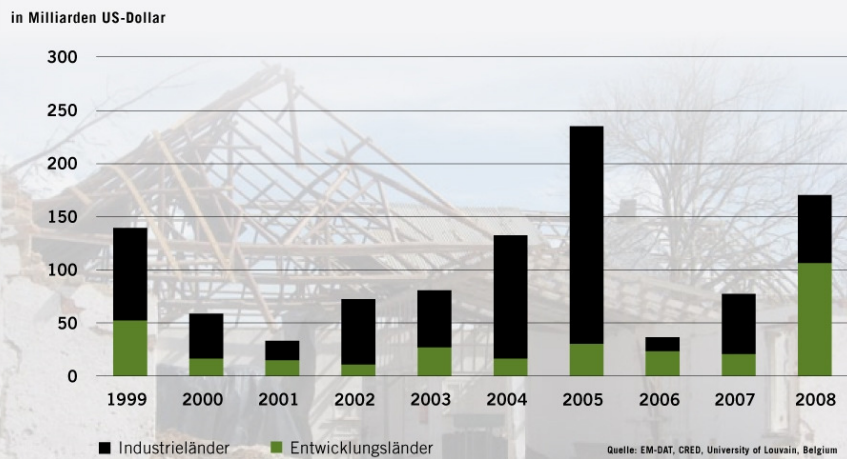
Ganz anders stellt sich die Lage für viele Entwicklungsländer dar: Afrika drohen Ernteeinbußen infolge von Niederschlagsrückgang um 50 Prozent - und zwar nicht erst in vielen Jahrzehnten, sondern bereits innerhalb der nächsten zehn Jahre! Auch für Zentral- und Südasiens sowie für Lateinamerika werden regional Ernterückgänge von 30 Prozent bis zum Jahre 2020 erwartet. Der Klimawandel bedroht nicht nur die Existenz von Eisbären, sondern auch die von Milliarden Menschen.

Die arme Bevölkerung ländlicher Räume in Entwicklungsländern ist besonders vom Klimawandel betroffen: Die Existenz von Nomaden, Kleinbauern und Subsistenzbauern hängt direkt von der Landwirtschaft ab. Diese Gruppen haben weder Geld noch Wissen, um geeignete Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu identifizieren und umzusetzen.

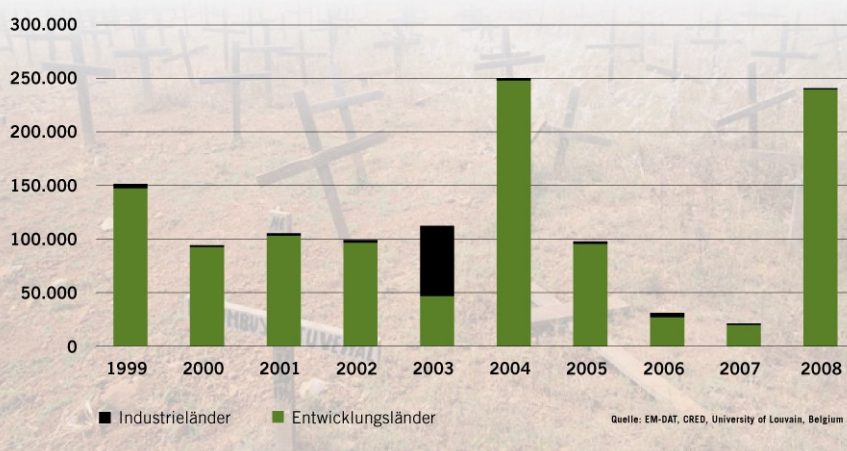
Von nationalen Institutionen ihrer Regierungen können diese Menschen nur wenig Hilfe erwarten. Besonders betroffen von der Verschlechterung der Ernährungslage werden Frauen, Kinder und Aidskranke sein.

Neben dem Rückgang der Niederschlagsmengen und der Nahrungsmittelproduktion werden Sturm- und Flutkatastrophen zunehmen und in der Folge zu einem erheblichen Anstieg umweltbedingter Migration führen. Kleine Inselstaaten vor allem im Pazifik sind durch den Anstieg des Meeresspiegels besonders bedroht. Dies setzt ein Konfliktszenario in Gang, das von individueller Unsicherheit (Ernährung, Wasser, sozioökonomischer Status) über nationale Un-

Durch Naturkatastrophen entstandener Gesamtschaden



Anzahl durch Naturkatastrophen getötete Menschen



Naturkatastrophen wie Erdbeben, Dürren, Wirbelstürme treffen vor allem Menschen in Entwicklungsländern. Ausgerechnet die Armen sind den Naturgewalten am meisten ausgeliefert. Sie verlieren ihr wenig Hab und Gut, ihre Lebensgrundlage, oft auch ihr Leben. Die Industrieländer beklagen vor allem hohe wirtschaftliche Verluste.

sicherheit (nationale Versorgung und Ökonomie, Bevölkerungspolitik, politische Stabilität) zu internationaler Unsicherheit führt.

Die sich an Katastrophen anschließende Hilfe zur Überlebenssicherung und zum Wiederaufbau bindet finanzielle und personelle Ressourcen, die für langfristig angelegte Entwicklungsmaßnahmen nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Katastrophenvorsorge muss zum integrierten Bestandteil von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel werden. Anpassung zielt darauf ab, Risiken und Schäden zu vermeiden bzw. sie zu verringern. Anpassung an den Klimawandel gilt als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und Ernährungssicherung.

Klimaverhandlungen sind entscheidend für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung

Wenn nicht heute die richtigen klimapolitischen Entscheidungen getroffen werden, wird sich die Kluft der Nahrungsmittelverfügbarkeit zwischen Nord und Süd, zwischen Wohlstand und Armut, zwischen Leben und Hungern dramatisch vertiefen. In Kopenhagen wird anlässlich der Klimakonferenz nicht nur über die Frage entschieden, wer wie viel CO₂ ausstoßen darf, sondern auch, wie viele Menschen die Erde künftig ernähren können. Wenn es nicht gelingt, sich auf ein gerechtes Klimaabkommen für Nord und Süd zu einigen, wird das Bekenntnis der Vereinten Nationen, bis 2015 den Hunger zu halbieren, zur Utopie. Und auch in ferner Zukunft wird es dann keine globale Ernährungssicherheit geben können.

Beispiel Kenia: Regenwasser besser nutzen

Eine der Auswirkungen des Klimawandels in Kenia sind unregelmäßigere Regenzeiten, weniger Niederschläge und längere Trockenzeiten. In Trockenzeiten müssen die Menschen, oft sind es Kinder, bis zu 15 und mehr Kilometer laufen, um eine Wasserstelle zu finden. Flüsse, die früher Wasser führten, sind trocken. Während der Regenzeit fließt 96% des Niederschlags ungenutzt ab. Zu Sicherstellung der Wasserversorgung in den Trockenzeiten gilt es, dieses Wasser verfügbar zu halten. Hierzu wurden in den Distrikten Makueni/Kibwezi, Mwingi, Kajado, Kitui und Tana River ca. 30 Felsregenfänge mit 82 Vorratstanks (je 150 m²), 40 unterirdische Dämme zur Anhebung des Grundwasserspiegels und 50 Wasserrückhaltebecken gebaut. Mit professioneller Unterstützung der Welthungerhilfe errichten die Dorfbewohner diese Anlagen selber.



*Dieser Damm in Kenia (Region Mwingi) führt in der Regenzeit zur Anhebung des Grundwasserspiegels. In der nächsten Trockenzeit werden die Trinkwasserbrunnen nicht mehr versiegen.
(Foto: Schneider/Welthungerhilfe)*

Folglich sind auch sämtliche Klimaverhandlungen eng an das Menschenrecht auf Nahrung geknüpft: Werden beispielsweise wenig ambitionierte Vereinbarungen in der CO₂-Minderung getroffen und dadurch mehr Dürren in Kauf genommen, so werden viele Menschen den Zugang zu Nahrung verlieren. Auch ein Emissionshandel, der langfristig die Ausweitung landwirtschaftlicher Gebiete in Hungerregionen verhindert, führt zur Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung. Denn mit zunehmender Weltbevölkerung müssen auch mehr Nahrungsmittel produziert werden. Folglich wird auch in vielen Entwicklungsländern eine Ausweitung der Landwirtschaft notwendig werden.

Kein weiterer Verlust von Boden und Wasser

Zuallererst gilt es daher zu verhindern, dass weiterhin landwirtschaftliche Gunsträume durch veränderte Klimabedingungen verloren gehen. Dazu ist es notwendig, eine weitere Klimaerwärmung so weit wie möglich zu verhindern. Wird der Temperaturanstieg nicht auf unter 2°C begrenzt, wird es auch durch teure technische Lösungen an vielen Orten nicht mehr möglich sein, die Folgen des Klimawandels auszugleichen. Der unumkehrbare Verlust von Wasserverfügbarkeit und damit auch der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen wird vielen Kleinbauern und Subsistenzbauern in Entwicklungsländern die Existenzgrundlage entziehen. Hungersnöte und eine massenhafte Abwanderung in die Städte werden die Folge sein.

Entwicklung braucht Emissionsspielräume

Die Begrenzung des Temperaturanstiegs darf jedoch nicht zu ungleichen Entwicklungschancen für arme Länder führen. Alle Menschen müssen einen gleichberechtigten Zugang zu Allgemeingütern haben, dies gilt auch für die Atmosphäre. Der Emissionshandel verleitet die Industrieländer dazu, weniger als möglich in Treibhausgasemissionen zu investieren. Als Ausgleich hierfür wird in kostengünstige Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern investiert. Eine Verlagerung der Einsparung von Treibhausgasemissionen aus den In-

dustrieländern in die Entwicklungsländer ist jedoch nur begrenzt möglich. Entwicklungsländer brauchen heute und vor allem auch in Zukunft genug Emissionsspielräume, um Armut und Hunger durch landwirtschaftliches und wirtschaftliches Wachstum zu bekämpfen. Deshalb muss vor allem in den Ländern, die heute zu den größten Emittenten gehören, der Treibhausgasausstoß reduziert werden.

Industrieländer müssen Kosten mittragen

In den Entwicklungsländern erfordert der Klimawandel ein zweigleisiges Vorgehen: Damit für alle Menschen Ernährungssicherheit verwirklicht werden kann, müssen die landwirtschaftlichen Anbautechniken an die bereits stattfindenden Klimaveränderungen angepasst werden. Gleichzeitig muss die Entwicklung dieser Länder derart gestaltet werden, dass der ökologische Fußabdruck möglichst gering gehalten wird. Das heißt: Entwicklungsländer müssen heute schon von neuen Technologien profitieren, die besonders energieeffizient sind. Gleichzeitig müssen sie ihre Energieversorgung und Transportsysteme so ausbauen, dass der



Anpassung durch Erosionsschutz in Mali: Ein Hirsefeld wurde durch eine kleine Mauer neu erschlossen (Foto: Riehle/Welthungerhilfe)

Treibhausgasausstoß möglichst gering gehalten wird. Kosten für die Anpassung der Landwirtschaft an verstärkte Dürre- und Hochwassergefahr sind hoch. Ebenso sind moderne, effiziente Technologien teurer als leicht verfügbare, konventionelle Anlagen. Entwicklungsländer allein haben nicht die Mittel, sowohl für Anpassung als auch für den direkten Einstieg in moderne, saubere Technologien aufzukommen. Hier stehen die Industrienationen nach dem Verursacherprinzip in der Pflicht: Sie haben den Klimawandel ausgelöst und müssen für

einen gerechten Ausgleich aufkommen und eine nachhaltige Entwicklung im Süden angemessen unterstützen.

Agrarproduktion muss nachhaltig sein – für Mensch und Klima

Ein Dilemma besteht hinsichtlich der Ernährungssicherheit und des Klimaschutzes: Die Landwirtschaft verursacht einen nicht unerheblichen Anteil der globalen Treibhausgasemissionen, eine verstärkte Produktion könnte diesen Effekt befördern. Dies gilt insbesondere, wenn landwirtschaftliche Produktion im großindustriellen Maßstab auf riesigen Plantagen erfolgt. Landwirtschaft ist jedoch nicht nur zur Ernährung notwendig, sie stellt gleichzeitig die Existenzgrundlage vieler Kleinbauern dar. Und diese wiederum sind in Entwicklungsländern nicht nur bis heute der Grundpfeiler der Nahrungsmittelversorgung, sondern sie tragen auch durch ihre Wirtschaftsweise zum Erhalt von Biodiversität und ländlichen Naturräumen bei. Bei der Anpassung an den Klimawandel in der Landwirtschaft müssen daher nachhaltige, lokal angepasste Anbaumethoden im Mittelpunkt stehen, die gleichzeitig zur Treibhausgasminimierung beitragen. Diese Anbaumethoden basieren auf kleinräumigen landwirtschaftlichen Konzepten, der Nutzung von lokal angepasstem Saatgut und von traditionellem Wissen.



Mit Kleinbauern gemeinsam forschen und experimentieren - für eine standortgerechte Landwirtschaft, die von Hunger und Armut befreit (Kenia, Foto: Welthungerhilfe)

Klimapolitik ist eine Herausforderung an die Kohärenz der Politik

Der Klimawandel wurde durch einen rasanten technischen Fortschritt verursacht, der auf einem immensen Energiekonsum basiert. Nur ein kleiner Bruchteil der Menschheit hat davon profitiert und ist reich geworden. Um aus der drohenden Klimafalle möglichst ohne große Veränderung von Verhaltensmustern herauszu-

finden, suchen die reichen Länder nun fieberhaft nach technischen Auswegen. Nur wusste Einstein schon: Probleme kann man nie mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind. Der Klimawandel wird zu sehr mit technischen Herausforderungen in Verbindung gebracht. Dauerhafte und nachhaltige Ergebnisse werden Klimakonventionen nur liefern, wenn die Verknüpfung von Klimaerwärmung mit Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung ausreichend berücksichtigt wird. Damit diese Verknüpfung gelingt, ist ein hohes Maß an Politikkohärenz notwendig.

Autor

Dr. Rafaël Schneider
Referent für Entwicklungspolitik
Email: rafael.schneider@welthungerhilfe.de

Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Friedrich-Ebert-Str.1
D-53173 Bonn
Tel: +49-228-2288-147
Fax: +49-228-2288-188

Stand: Dezember 2009